

**Liebe Freunde der Freien Wähler  
in der Region Stuttgart,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

das große Thema „Energiewende“ ist in der praktischen Arbeit des Verbands Region Stuttgart angekommen. Nachdem der Landesgesetzgeber die bisherigen Ausschlussgebiete, mit denen die Errichtung von Windkraftanlagen gesteuert werden konnten, aufgehoben hat, ist der Verband Region Stuttgart an die Fortschreibung des Regionalplans gegangen. Ziel ist es, einerseits die Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen zu schaffen, andererseits aber auch dafür zu sorgen, dass kein unkontrollierter Wildwuchs zum Schaden der Landschaft in unserem dicht besiedelten Raum entsteht.

Diese Planung beschränkt sich nicht darauf, am „grünen Tisch“ Fakten zu schaf-

fen. Vielmehr sind die Städte und Gemeinden, die hier auch eigene Planungsverantwortung haben, eng eingebunden worden. Außerdem wurden in beispielhafter Weise 10 öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt, in denen eine interessierte Öffentlichkeit Gelegenheit zum direkten Dialog mit den Planern erhielt. Die bisher gelaufenen Veranstaltungen stießen auf eine große Resonanz. Solche gut organisierten Bürgerbeteiligungen sind weit besser als Hochglanzbroschüren geeignet, die Arbeit des Verbands Region Stuttgart und seiner Regionalversammlung ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu rücken.

Weitere Themen, mit denen sich der Verband und die Fraktionen in den letzten Monaten befassten, waren die Suche nach einem überregionalen Gewerbestandort an der A 81, Kriterien für Standorte von Biogasanlagen und ein Blick auf

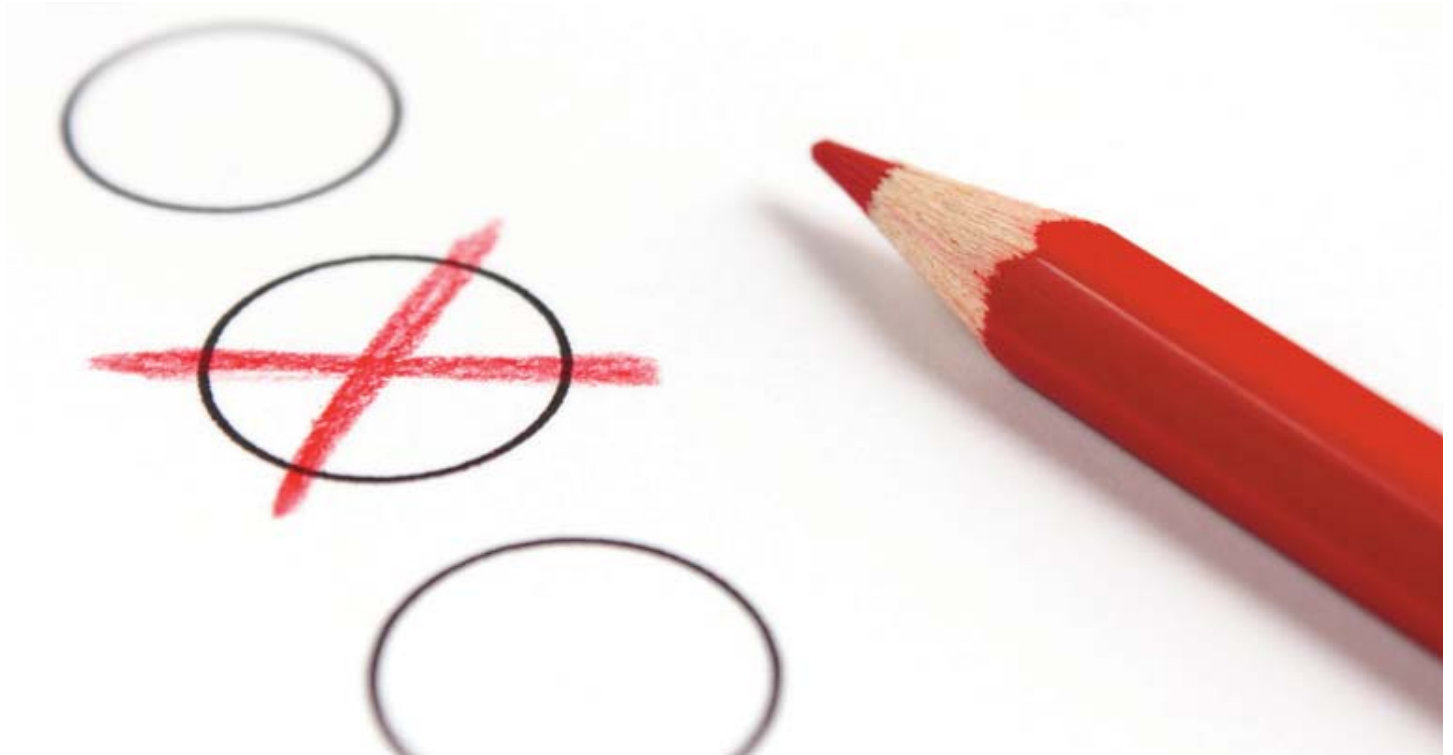
Strukturen und Entwicklungen in der Region Stuttgart durch den sog. „Regionalmonitor“.

Die Sprecher unserer Fraktion haben in den jeweiligen Sitzungen der Regionalversammlung Position zu diesen wichtigen Fragestellungen bezogen. Wie Sie es von uns gewohnt sind, haben wir uns dabei ausschließlich sachorientiert und – wo notwendig – auch kritisch geäußert.

Ihre  
Regionalfraktion

Andreas Hesky, Peter Aichinger, Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer, Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Joachim Hülscher, Heinz Kälberer, Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess, Bernhard Maier, Markus Nau, Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann





*Treffen der Kreis- und Fraktionsvorsitzenden  
in der Region*

## Kommunalwahl 2014 rückt ins Blickfeld

Gewinnung von Kandidaten  
wichtigster Schritt

Mehr als die Hälfte der laufenden Wahlperiode ist vorbei, der Blick richtet sich schon jetzt auf die Kommunalwahl 2014. Bereits im September trafen sich die Kreis- und Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler aus der Region zusammen mit den Beauftragten zur Wahl aus den jeweiligen Kreisen, um rechtzeitig die Weichen für einen erneuten Wahlerfolg zu stellen. Die Koordination der Wahlvorbereitungen lag in der Vergangenheit bei BM a.D. Rainer Häußler aus LE-Musberg. Ihm galt der Dank der Runde für seine hervorragende Arbeit bei den ver-

gangenen Wahlen. Nach einer Phase der gemeinsamen Arbeit wird diese Aufgabe künftig von Bürgermeister Bernd Dürr aus Bondorf übernommen. Kollege Dürr ist als Geschäftsführer der Kreistagsfraktion Freie Wähler in Böblingen ein erfahrener Mitstreiter i.S. Kommunalwahlen. Unterstützt wird er durch die Wahlbeauftragten in den Landkreisen und durch Alfred Bachofer, Nürtingen, der wie in der Vergangenheit die Öffentlichkeitsarbeit übernimmt.

Wir Freien Wähler haben bei den vergangenen drei Wahlen unsere Ergebnisse sowohl in den Kreistagen als auch in der Region kontinuierlich gesteigert. Bemerkenswert ist vor allem das letzte Regionalwahlergebnis – hier lagen wir auf Platz 3 nur noch einen Sitz hinter der SPD, obwohl diese mit einem Großaufgebot an Bürgermeistern und Oberbürgermeistern angetreten war.

Der zahlenmäßige Zugewinn bei uns Freien Wählern (und auch bei der FDP) hat die Mehrheitsverhältnisse in der Regionalversammlung spürbar verändert. Eine Mehrheit in den Gremien kommt nur noch zustande, wenn drei Fraktionen zusammenwirken, die Dominanz der stärksten Fraktion (CDU) ist Vergangenheit. Dadurch kommt die fachliche Kompetenz unserer Regionalräte deutlich stärker zum Tragen.

### Kräfte konzentrieren für 2014

Erfolge müssen stets neu erkämpft werden. Deshalb müssen wir schon jetzt unsere Kräfte auf die Wahl 2014 ausrichten. Dabei wird es wieder entscheidend darauf ankommen, erfahrene und bekannte Persönlichkeiten als Kandidaten zu gewinnen. Bis Sommer 2013 sollte dies abgeschlossen sein.

In den einzelnen Landkreisen und in der Stadt sind, soweit nicht bereits geschehen, die Wahlbeauftragten und deren Stellvertreter zu bestimmen. Für die Wahlkreise in den Landkreisen sollten die Verantwortlichen ebenfalls schon jetzt benannt werden. In den nächsten Monaten wird entsprechend dem Fortschritt der Wahlvorbereitungen zu weiteren Sitzungen eingeladen werden.

Die Konzeption der Wahlwerbung lag bei den vergangenen beiden Wahlen in Händen der Agentur Wager in Altenriet. Wager ist Garant für eine hochwertige und pfiffige Werbelinie. Nach intensiven Verhandlungen über die Konditionen hat sich der Regionalverein, der sich maßgeb-

lich auch an der Finanzierung beteiligt, für eine erneute Beauftragung der Agentur Wager entschieden. Die Arbeiten für eine Fortentwicklung unserer erfolgreichen Werbelinie sind bereits aufgenommen worden.

### Öffentlichkeitsarbeit, Internet und neue Kommunikationsmittel

Wichtig für den Wahlerfolg ist eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Die Kreis- und Ortsverbände sollten darauf achten, dass sie regelmäßig mit Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit gehen. Entsprechendes gilt für die Nutzung des Internet. Teilweise besteht hier noch er-

heblicher Nachholbedarf. Das Internet lebt von Aktualität. Monatelanges Stillschweigen und überholte Beiträge sind kein gutes Markenzeichen. Es gibt immer Themen, die auf eine interessierte Leserschaft stoßen.

Auf regionaler Ebene ist derzeit nicht daran gedacht, Kommunikationsplattformen wie z.B. Facebook, zu nutzen. Es ist nicht leistbar, für die Region die notwendige Aktualität zu gewährleisten und zeitnah auf Fragen zu reagieren. Es ist aber durchaus wünschenswert, dass Kreis- oder Ortsvereine, aber auch einzelne Ratsmitglieder oder Kandidaten, Auftritte bei Facebook einrichten und pflegen.



*Ins Ohr geflüstert - ein aufschlussreicher Blick hinter die Kulissen der Landespolitik*

## Die neue Politik des Gehörtwerdens – eine moderne Form der Kreislaufwirtschaft?

Unsere neue Landesregierung schmückt sich gerne damit, dass sie behauptet, eine Politik des Gehörtwerdens zu betreiben. Trotzdem kommt es auch einmal vor, dass die Menschen Fragen an die Landesregierung haben und gerne einmal hören möchten, was sie zu den Dingen, die vielen auf den Nägeln brennen, sagt.

So dachte es sich vor Kurzem auch ein Ortsverband des Bundes der Selbständigen in einer Großen Kreisstadt. Um Informationen aus erster Hand zu bekommen, luden sie den örtlichen Landtagsabgeordneten der Grünen ein. Verkehrsthemen sollten auf der Tagesordnung stehen. Tagtäglich stehen viele Selbständige, ebenso Pendler, Gewerbetreibende oder auch Menschen, die einfach von A nach B wollen, im Stau, weil die Kreuzung und die Brücke nicht leistungsfähig genug sind.

Um die richtigen Fragen an den Landtagsabgeordneten zu stellen, suchten die BdS-Vertreter den Kontakt ins Rathaus. Man erbat dort Hilfe, welche Fragen man denn stellen müsse, um die richtigen Antworten zu bekommen. Gesagt getan, der Schultes skizzierte einige Fragestellungen zu den Problemen, die durchaus auch den Landtagsabgeordneten dazu bringen sollten, „Farbe“ zu bekennen. Der BdS übergab, damit niemand überrumpelt wird und sich jeder auch vorbereiten kann, diese Fragen dem Landtagsabgeordneten, der sie wiederum an das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur weitergab, das sie wiederum dem Regierungspräsidium zuleitete, mit einem Mail, in dem das RP

gebeten wurde, „zu den Fragen, die aus dem politischen Raum kämen, eine abgestimmte Antwort zu geben“.

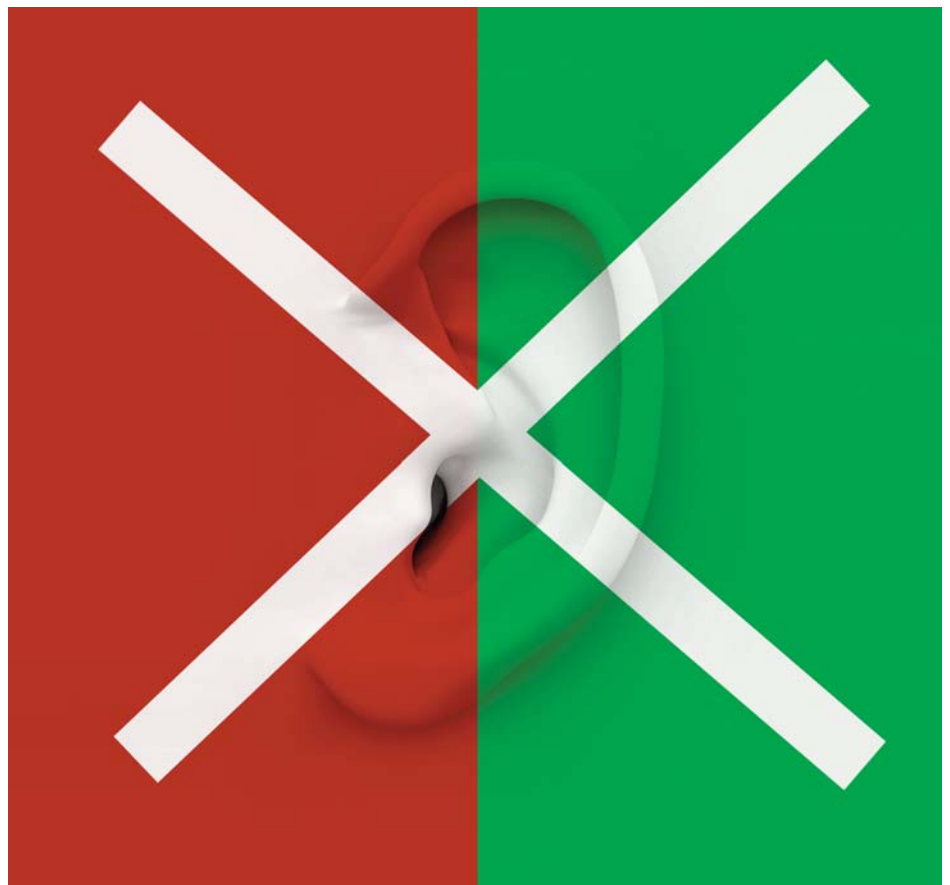
Es mag an dieser Stelle schon wundern, dass politische Fragen einer Fachbehörde zugeleitet werden, welche eigentlich die Politik der Landesregierung umsetzen helfen soll. Aber es kommt noch besser.

Die Fragen wurden vom Regierungspräsidium an das Ordnungsamt der Kommune weitergeleitet, auf deren Markung der BdS zuhause ist. Das Ordnungsamt wunderte sich wiederum, dass es eine Antwort an das Regierungspräsidium geben sollte auf Fragen, die wie folgt beginnen: „Stimmt es, dass die Landesregierung ...“ oder „Was denkt die Landesregierung über ...“. Der etwas verblüffte Ordnungs-

amtsleiter wusste sich keinen Rat und sandte die Fragen wiederum an seinen Schultes, mit der Bitte, doch die Beantwortung zu übernehmen, da es sich um Fragen „aus dem politischen Raum handelt“.

Was war also geschehen? Die Fragen, die an den Landtagsabgeordneten der Grünen und an die Grün-Rote Landesregierung gestellt wurden, kamen also an denjenigen zurück, der sie entwarf. Natürlich nutzte dieser die Chance und schrieb die richtigen Antworten auf die von ihm gestellten Fragen.

Heißt also „Politik des Gehörtwerdens“, dass man Fragen an die Landespolitik sich lieber besser selbst beantwortet, weil die Politik keine Antworten mehr hat?



Regionalversammlung 25.07.2012

## „Kriterienkatalog zur Ermittlung und Bewertung potentieller Standorte für Biogasanlagen“

Regionalrat Joachim Hülscher für die Fraktion Freie Wähler

Zunächst Dank von der Freien-Wähler-Fraktion an die Verwaltung für die Vorlage. Inhaltlich basiert diese Vorlage natürlich auf den Vorgaben und Grundlagen unseres am 22. Juli 2009 beschlossenen Regionalplans, der ausdrücklich die Bedeutung und den Wert der Landschaft und die Sicherung der Freiräume in den zentralen Mittelpunkt stellt. Diese Werte sind uns wichtig, sie sind mitentscheidend für die Lebensqualität in unserem Verdichtungsraum. Und zur Erinnerung: parallel zu unserer zukunftsweisenden Regionalplanung versuchen wir mit unserem Förderprogramm „Landschaftspark“, die bisher verursachten Schäden an und in der Landschaft wieder zu beseitigen und damit auch die Qualität unserer Landschaft ökologisch und für die Erholung zu verbessern!

Daher ist es auch logisch und konsequent, einen „Kriterienkatalog zur Ermittlung und Bewertung für potentielle Standorte für Biogasanlagen“ aufzustellen! Denn uns allen ist doch bewusst, dass solche Anlagen nicht einfach in den Siedlungsbereich integriert werden können und durch die notwendigen, sinnvollen Abstandskriterien drohen folgerichtig auch Konflikte mit den regionalen Grünzügen!

Schon am 27.06.2012 hatte sich der Planungsausschuss mit möglichen Kriterien zur Standortausweisung für Biogasanlagen beschäftigt.

Eine wichtige Erkenntnis ist, dass die zwingend notwendige Güterabwägung - einerseits die Aspekte Bodenschutz,

Waldschonung, Klimaschutz, Wohnqualität, Naherholung, allgemein Freiraumschutz und andererseits die Nutzung regenerativer Energiequellen äußerst komplex ist. Auch ist eine klassische Angebotsplanung für Biogasanlagen nicht möglich, denkbar ist aber eine an planerischen Prinzipien orientierte Beurteilung von Biogasanlagen. Daher schlägt die Verwaltung eine Vorgehensweise für Standortbeurteilungen vor, die in Einklang mit unserem sorgfältig erarbeiteten und entwickelten Regionalplan steht.

Fakt ist, dass Biogasanlagen in bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete sowie in regionalplanerisch gesicherten Vorranggebieten für Industrie und Gewerbe angesiedelt werden können. Bei Zugrundelegung dieser Fakten ist nachgewiesen, dass in der Region Stuttgart momentan ca. 300 ha Flächen innerhalb planungsrechtlich abgesicherter Gewerbe- und Industriegebiete sofort verfügbar sind.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein positives Ansiedlungsbeispiel in unserer Region nennen. Im bestens dafür geeigneten Gewerbegebiet Geislingen-Türkheim ist vor drei Wochen eine Biogasanlage in Betrieb gegangen. Die Ansiedlung in Geislingen-Türkheim zeigt mustergültig, wie eine ökologische und nachhaltige Energiegewinnung unter Einhaltung aller Rahmenbedingungen auf dafür planungsrechtlich ausgewiesener

Fläche möglich ist. Nochmals zum Flächenangebot: zu den gerade genannten 300 ha kommen ca. 1300 ha, die im Regionalplan als Vorranggebiete für Gewerbe und Industrie ausgewiesen sind und damit auch grundsätzlich für Biogasanlagen zur Verfügung stehen.

Und: zusätzlich stehen im Umkreis von vorbelasteten Standorten weitere Flächen zur Verfügung. Eine erste überschlägige Untersuchung ergibt, dass dies in der Region Stuttgart ca. 1500 ha sind.

Allein die Zahlen (300 ha planungsrechtlich gesichert und sofort nutzbar, 1300 ha als Vorranggebiete ausgewiesen, sowie 1500 ha im Umfeld von vorbelasteten Standorten) belegen, dass in der Region Stuttgart grundsätzlich ausreichende Flächen und geeignete Standorte für regenerative, emissionsintensive Energienutzungen (im Rahmen der alternativen Energiegewinnung) vorhanden sind.

Und, meine sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, mit dem „Kriterienkatalog zur Ermittlung und Bewertung potentieller Standorte für Biogasanlagen“ und der darin vorgeschlagenen Vorgehensweise bei einer Standortsuche haben wir, wenn wir ihn beschließen, ab sofort eine Grundlage für nachvollziehbare, transparente Standortentscheidungen. Daher wird die Freie Wähler Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.



Regionalversammlung 25.07.2012

## Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart zur Nutzung der Windenergie

Fraktionsvorsitzender Andreas Hesky

Die Bewältigung der Energiewende ist spätestens seit dem 11. März 2011 zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und Herausforderung geworden. Da sind sich alle einig. Gehandelt und gedacht wird aber oft nach dem Motto: „Wasch mich! Aber mach mir den Pelz nicht nass!“

Uns Freien Wählern ist durch unsere hohe kommunale Verbundenheit die Bedeutung von regenerativen Energien und ihre Erzeugung auf lokaler Ebene bewusst.

Es gibt fast keine Kommune, fast keinen Gemeinderat, der sich in den zurückliegenden 5 bis 10 Jahren nicht mit Blockheizkraftwerken, mit der Installation von Holzhackschnitzelheizungen, dem Bezug von regenerativem Strom für die Straßenbeleuchtung und die öffentlichen Gebäude oder die Installation von Photovoltaikanlagen und Solarthermieanlagen beschäftigt hat.

Uns war aus diesen Diskussionen klar, dass auch regenerative Energieerzeugung nicht nur Befürworter findet, nicht nur Vorteile bietet und sie sich ganz gewiss nicht von allein schleichend ausbreitet.

Machen wir uns also nichts vor, mit der Windenergie ist es wie mit jedem anderen technischen Fortschritt auch. Sie ist zu diskutieren, sie wird Befürworter und Gegner haben, und es muss zu einem gesellschaftlichen Konsens kommen, der tragfähig für die nächsten Jahre und Jahrzehnte halten muss, wenn die Windenergie als relevanter Teil der Energieerzeugung auch in unserer Region akzeptiert werden soll.

Daher ist es richtig, dass sich der Verband Region Stuttgart frühzeitig dem Thema angenommen und den Auftrag des Landes ernst genommen hat. Er tut dies im Verbund mit den Kommunen, die sich im nun vorliegenden Regionalplan, genauer gesagt in der nun vorliegenden Fortschreibungsfassung mit Windvorranggebieten und ohne Windausschlussgebiete, wiederfinden.

Wir Freien Wähler danken allen Kommunen für die Bereitschaft, ihr Gemeindegebiet zu überprüfen und eine Potentialanalyse durchzuführen, wo Windenergieanlagen überhaupt möglich sind. Für uns ist es ein großartiges Zeichen für die Region, dass es nun annähernd 100 Bereiche gibt, in denen Windenergieanlagen gebündelt und konzentriert errichtet werden können.

Die dahinter liegenden Abwägungsprozesse, die in den Kommunen mit großer Ernsthaftigkeit, auch oftmals mit Emotionalität geführt wurden, zeigen, dass es gelingen kann, kommunale Ressourcen und auch regionale Windhöflichkeiten zu erkennen, diese einzubringen und dabei gleichzeitig die berechtigten Belange des Landschaftsschutzes und des Schutzes von Mensch und Tier unter einen Hut zu bringen. Denn wer heute noch dieerspargelung der Landschaft als Gegenargument anführt, macht es sich zu einfach.

Wir Freien Wähler sehen in dieser Teilfortschreibung ein wichtiges Zeichen für die Industrie in unserer Region. Denn mit Sorge denken wir an den nächsten Winter. Seit dem Winter 2011/2012 wurde noch keine entscheidende Verbesserung an den Stromnetzen, die von Nord nach Süd oder auch von Ost nach West die Energie transportieren sollen, erreicht.

Nach wie vor müssen wir gewärtigen, dass bei einer ungünstigen Kombination von Kälte, Sonnenschein, viel oder wenig Wind und hohem Energiebedarf, wir in Süddeutschland Schwierigkeiten haben könnten, den notwendigen Strom zu un-

seren Gewerbebetrieben und zur Großindustrie zu transportieren.

Dies ist ein Damoklesschwert, das über dem Industriestandort Deutschland und vor allem über dem Industriestandort Süddeutschland schwebt, und das Rosshaar ist mit den Stromtrassen, an denen unsere Arbeitsplätze hängen, vergleichbar.

Dabei sind wir Freien Wähler nicht blauäugig; wir gehen nicht davon aus, dass es binnen kürzester Zeit gelingen wird, 3.800 Kilometer Stromtrassen zu bauen, über eine Unzahl von Grundstücken und im Konsens mit einer ebenso hohen Anzahl von Grundstückseigentümern, die bereit sein müssen, ihre Grundstücke zur Verfügung zu stellen, um darauf Gittermasten aufzustellen oder um über das Grundstück eine Hochspannungsleitung zu akzeptieren.

Es wird aber so kommen müssen und wir sehen das als Verpflichtung des Eigentums. Wir sehen es aber auch als unsere Verpflichtung an, zu fragen, in welchen Gebieten in der Region Stuttgart Windenergie erzeugt werden kann. Nur wenn wir auch unseren Beitrag leisten, können wir erwarten, dass auch andere bereit sind, im Interesse des Standorts Deutschland ihren Anteil zu leisten.

Bedenken wir zwei Aspekte: Die Erzeugung von Windenergie ist heute in einem Umfang möglich, der relevant ist. Nehmen Sie Ingersheim oder ein anderes, noch leistungsfähigeres aktuelles Windrad mit einer Leistung von 3 Megawatt. Bei einer durchschnittlichen Jahresleistung von knapp 2.200 Stunden, und das wird als realistisch angesetzt, kann man 6,5 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen. Ich empfehle jeder und jedem, sich in seiner eigenen Kommune kundig zu machen, wie viele Photovoltaikanlagen installiert sind und wie viele Kilowattstunden pro Jahr erzeugt werden.

In einer mir nicht ganz unbekanntem Großen Kreisstadt bin ich spätestens seit diesem Vergleich ein Verfechter der Windenergie geworden, weil wir dort beispielsweise, obwohl schon vor über 10 Jahren mit Photovoltaikanlageninstallation begonnen wurde, gerade einmal 4,2 Millionen Kilowattstunden erzeugen können, ein Windrad aber 6,5 Millionen Kilowattstunden leistet.

Und wenn man dann noch sagt, für eine beispielsweise 53.000-Einwohner-Stadt genügen 10 Windräder, um den kompletten Energiebedarf der privaten Haushalte abzudecken, erhält man ein Gefühl dafür, dass es sich lohnt, in diese Prozesse der Planung und Diskussion zu gehen und auch dafür einzutreten, die Windenergie als eine Chance zur Energieerzeugung in unserem Zeitalter zu akzeptieren und auch bereit zu sein, Einschränkungen auf freiem Feld, im Wald, ganz generell in unserer Landschaft zu akzeptieren. Dies ist kein leichter Prozess. Daher liegt es uns Freien Wählern am Herzen, offen, transparent, nicht mit Salomitaktik vorzugehen, sondern Potentiale aufzuzeigen, in die Diskussion einzutreten und dann, wo und wenn angezeigt, zu reduzieren. Das ist der bessere Weg, als zu verharmlosen und dann die Menschen vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Wir Freien Wähler sehen ein hohes Potential für die Windenergie, aber auch für die Wirtschaft in unserer Region. Wir danken der Regionalverwaltung für die gute und intensive Arbeit, die hinter der Teilfortschreibung des Regionalplans steckt, sagen zu, der Teilfortschreibung zuzustimmen und freuen uns auf deren weitere Umsetzung. Wir betonen ausdrücklich, dass es uns nicht darum geht, viel Wind zu machen, aber viel Wind zu ernten.

## Regional-Monitor Region Stuttgart

In größeren Abständen, zuletzt 2005, veröffentlicht der Verband Region Stuttgart den sog. „Regional-Monitor“ mit Zahlen und Fakten zu Strukturen und Entwicklungen in der Region Stuttgart. Die aktuelle Fassung liegt seit September 2012 vor. Fast zum gleichen Zeitpunkt wurde der neueste Raumordnungsbericht des Bundes veröffentlicht, aus dem u.a. ein Quervergleich der Regionen in der Bundesrepublik ablesbar ist. Die Regionalversammlung befasste sich in ihrer Sitzung am 26. September 2012 mit beiden Berichten.

Der Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler in der Region Stuttgart, Oberbürgermeister Andreas Hesky aus Waiblingen, nahm dazu wie folgt Stellung:

Wir Freien Wähler in der Region Stuttgart nehmen vom Regionalmonitor Kenntnis. Er ist für uns kein Datenfriedhof, sondern eine Zusammenstellung von Indikatoren, die Entwicklungen aufzeigen, die uns aufhorchen lassen müssen.

Wir danken Herrn Direktor Kiwitt und seinem Team für die Erstellung dieses umfangreichen Werks. Bei der Einbringung des Regionalmonitors in die Regionalversammlung hat er uns mit dem Satz: „Wir sind vorne, bekommen diesen Platz aber nicht garantiert!“, aus dem Herzen gesprochen.

Wir sehen das genauso, wollen dies aber nicht nur feststellen, sondern uns fragen, was wir tun müssen, um weiterhin vorn und an der Spitze zu sein, und danach handeln. Wir stehen heute glänzend da, genauso im Raumordnungsbericht des Bundes. Wenn wir aber nun nicht aufpassen oder falsche Schlüsse ziehen, haben wir alle Chancen, diesen Spitzenplatz zu verspielen.

Uns Freien Wählern macht vor allem Sorge, dass die Region schon heute nicht mehr überall „spitze“ ist. Besonders negativ fällt uns die Arbeitsplatzsituation auf. Die Arbeitslosenquote in der Region Stuttgart liegt nicht mehr unter dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass wir im Vergleich mit der Region Heilbronn-Franken sowohl prozentual als auch in der Summe weniger Arbeitsplätze hinzugewonnen haben, bezogen auf das Jahr 2005, als der erste Regionalmonitor vorgestellt wurde.

Nach unserer Auffassung kann darauf nicht die Antwort lauten, wie sie im Beschlussvorschlag formuliert ist, dass statt Flächenneuausweisungen „Umstrukturierungen und Erneuerungen im Bestand“ vorgenommen werden sollen. Das hilft nicht weiter.

Wir sehen auch unsere Chancen schwinden, da wir unseren Bedarf an Fachkräften nicht mehr aus der heute hier lebenden Regionalbevölkerung decken können. Denken wir an den demografischen Wandel. Die Menschen werden älter. Immer mehr Menschen, die nicht mehr berufstätig sind, werden hier leben, weil sie die verdiente Rente erreicht haben.

Wir brauchen neue Arbeitskräfte und das wird uns nur gelingen durch Zuwanderung. Arbeitskräfte können wir aber nur dann gewinnen, wenn wir bezahlbaren Wohnraum in Miete und im Eigentum anbieten. Aber auch hier kann die Lösungsformel nicht lauten „Umwandlung und Erneuerung im Bestand“. Damit werden wir keine attraktiven Angebote machen können. Wir regen daher an, dass unsere restriktive Flächenpolitik zu überprüfen und zu modifizieren ist. Wir müssen dazu auch die Kommunen mit ins Boot holen, weil wir diese als Partner brauchen.

Natürlich ist es nicht die Absicht von uns Freien Wählern, dass wir das Kind mit dem Bade ausschütten. Auch wir schät-

zen unsere Kulturlandschaft, die es zu bewahren und zu pflegen gilt. Aber die von vielen als Knebelungspolitik empfundene Regionalplanung - und da unterscheiden wir uns deutlich von der CDU - muss überdacht und geändert werden.

Und wenn wir sehen, wie konfus derzeit die Landespolitik mit den schwierigen Themen wie Bildung und Verkehr umgeht, müssen wir auf regionaler und kommunaler Ebene noch konsequenter handeln. Natürlich können wir nicht in der Regionalversammlung die Beschlüsse fassen, die im Landtag notwendig sind. Aber es erfüllt uns mit Sorgen, welch ausgeprägtes Problembeschreibungsbewusstsein die Landesregierung für jedes Problem an den Tag legt und wie gering ausgeprägt die Problemlösungsbereitschaft ist.

Bildung und Verkehr sind die herausragenden Standortfaktoren. Um diese ist es derzeit nicht gut bestellt. Der tägliche Verkehrskollaps auf unseren Straßen ist kein Aushängeschild, mit dem ansiedlungswillige Unternehmen in die Region gelockt werden könnten. Im Gegensatz dazu ist unsere ÖPNV-Politik aber durchaus ein Pfund, mit dem wir wuchern können und das ein echter Standortfaktor für unsere Region ist.

Wir Freien Wähler ziehen das Fazit, dass der Regionalmonitor uns zu den richtigen Schlüssen bewegen muss. Bezahlbaren Wohnraum bekommen wir nicht mit Flächenverknappung. Neue Betriebe nicht mit Hinweis auf die Dynamik in Heilbronn-Franken und mit der Erneuerung im Bestand.

Für uns ist der Regionalmonitor ein Werk, das mahnt. Wir hoffen aber nicht, dass er das Schicksal des einsamen Mahners in der Wüste erleidet.

Regionalversammlung 25.07.2012

## Teiländerung des Regionalplans – Bereich A 81 Nord – Ausweisung von Gewerbestandorten

Sprecher im Planungsausschuss  
Alfred Bachofer

Das jahrelange Tauziehen um den regionalen Gewerbeschwerpunkt Pleidelsheim/Murr ist ein klassisches Beispiel für das Spannungsfeld zwischen kommunaler Eigenständigkeit und Verantwortung gegenüber der Solidargemeinschaft benachbarter Gemeinden, aber auch dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Man kann eine Gemeinde nicht zwingen, ein überörtliches Gewerbegebiet in Angriff zu nehmen. Schon ein Bebauungsplanverfahren durch Planungsgebot wäre ein nicht vertretbarer Eingriff, eine Umsetzung auf diesem Weg gar nicht darstellbar.

Die ablehnende Haltung der Gemeinde Pleidelsheim ist vielleicht auch eine Folge der Veränderungen in Richtung Bürgergesellschaft. Leider drückt sich diese nicht selten in einer „Ohne-uns-Mentalität“ aus. Oft fehlt dabei die notwendige Gesamtschau.

Das Beispiel zeigt die Grenzen regionaler Planung auf. Wir können den Kommunen Angebote machen und Gestaltungsspielräume eröffnen, die Umsetzung bleibt in deren Hand. Zumindest auf diesem Feld ist frühzeitige Einbindung der Gemeinden und auf Konsens ausgerichtete Handeln unsererseits unabdingbar.

Wir leben andererseits in einer Zeit, in der kommunale Verantwortung nicht mehr an Gemeindegrenzen enden sollte. Bei stagnierenden oder sinkenden Einwohnerzahlen und begrenzten Finanzmitteln gibt es zahlreiche gemeindliche

Kooperationsfelder – Kinderbetreuung, Schulen, Bauhöfe, aber auch und gerade Wirtschaftsförderung. Auch unter dem Aspekt der Landschaftsschonung ist eine gemeindeübergreifende Standortplanung für Gewerbeflächen sinnvoll.

Das Beispiel des Bottwartales zeigt, dass fehlende Entwicklungsmöglichkeiten für das ortsansässige Gewerbe erhebliche Folgen für die betroffenen Gemeinden mit sich bringen. Wenn Firmen abwandern fehlt auch, aber nicht nur die Gewerbesteuer. Junge Familien folgen den Arbeitsplätzen mit entsprechenden Auswirkungen auf Kindergärten, Schulen, Vereine. In den Gesprächen, die wir vor Ort mit Vertretern aus den Gemeinderäten geführt haben, wurde uns dies deutlich aufgezeigt.

„Rettet das Bottwartal“ war ein geflügeltes Wort bei der Standortsuche in diesem Raum. In abgeschwächter Form könnte man es auch verwenden, wenn man den betroffenen Gemeinden Großbottwar und Oberstenfeld keine Entwicklungschancen im gewerblichen Bereich einräumt. Wenn wir jetzt daran gehen, in einem größeren Raum nach Standortalternativen zu suchen, muss zunächst klar gesagt werden, dass in diesem Zuge der bisherige Gewerbeschwerpunkt Pleidelsheim/Murr aufgegeben wird. Damit besteht zumindest eine gewisse Gefahr, dass neue Standorte nicht mehr in unmittelbarer räumlicher Nähe gefunden werden können. Dies zwingt unseres Erachtens dazu, dass neben Großflächen für Betriebe mit hohem Flächenbedarf kleinere ortsnahe Gebiete, z.B. für Handwerksbetriebe, zugelassen werden müssen. Ein kleiner Handwerksbetrieb, der aus der Ortslage aussiedeln muss, kann wegen der Bindung an seine Fachkräfte und Kunden nicht in großer Distanz neu bauen.

Zur Vorbereitung dieser Teiländerung hat die WRS eine umfassende Analyse von An-



gebot und Nachfrage im Korridor der A 81 durchgeführt. Sie weist in vier Teilräumen insgesamt einen Bedarf in der Größenordnung des bisherigen Gewerbeschwerpunkts nach und liefert damit die Planrechtfertigung für diese Teilfortschreibung.

Der Schwerpunkt der Nachfrage liegt erwartungsgemäß bei Logistik – interessanterweise aber noch stärker bei der Industrie. Dies sehen wir als Beleg dafür, dass die Region Stuttgart nach wie vor für das produzierende Gewerbe von hoher Bedeutung ist. Die Nachfrage kommt weit überwiegend aus dem Bereich der A 81 selbst. Eine logische Begründung ist die Fachkräftebindung, die es den Firmen praktisch verbietet über eine große Distanz zu verlagern.

Die Untersuchung der WRS weist für das Gebiet Marbach/Bottwartal einen akuten Flächenbedarf nach. Zu Recht wird auf die Abwanderungsgefahr in Richtung Region Heilbronn/Franken aufmerksam gemacht. Wichtig ist auch der Hinweis, dass eine Verlagerung von Gewerbeflächenpotenzialen von Norden nach Süden angezeigt erscheint. Vor diesem Hintergrund spricht vieles dafür, nicht nach dem einen großen Schwerpunkt, sondern nach mehreren, den Teilräumen zugeordneten Flächen zu suchen.

Die WRS hat ihre Untersuchung mit fast mathematischen Methoden durchgeführt. Wenn es so einfach wäre, würde es keine Defizite oder gar Überangebote an Flächen mehr geben. Die kommunale Erfahrung, die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und ein gewisses Maß an unternehmerischem Risiko bei den beteiligten Gemeinden sind unverzichtbar. Ohne Angebotsplanung bzw. Vorhaltung von Flächen geht es nicht. Die Wirtschaft plant weit weniger langfristig als man oft annimmt. Konjunkturelle Schwankungen und neue Produkte erfordern oft ein schnelles Handeln. Wenn man da zu spät kommt wird man mit dem Verlust von

Betrieben und Arbeitsplätzen bestraft. Deshalb ist im Interesse unseres Wirtschaftsraumes aktives Handeln angezeigt – durch uns, aber vor allem auch durch die beteiligten Kommunen. Diese sind weit überwiegend dazu bereit und erwarten zu Recht, dass sie durch uns unterstützt werden. Die Blockade im Raum Pleidelsheim/Murr muss aufgelöst werden. Unsere Fraktion bedankt sich für die bisherige Vorarbeit und stimmt der Einleitung des Teiländerungsverfahrens zu.

## Herbstfest der FREIEN WÄHLER im Landkreis Esslingen

Zum diesjährigen Herbstfest der Freien Wähler im Landkreis Esslingen konnte Kreisvorsitzender Frank Buß über 30 Mitglieder begrüßen. Unter der sachkundigen Führung von Herrn Stadtarchivar Nikolaus Back wurde zunächst das überaus sehenswerte Stadtmuseum Bonlanden besichtigt, in dem die Stadtteile von Filderstadt mit ihren Besonderheiten vorgestellt und in einer beeindruckenden Sammlung die Lebens- und Arbeitsverhältnisse vergangener Generationen dargestellt wird. Anschließend ging es in die Georgskirche, deren interessante Geschichte von Frau Monika Frensch vorgestellt wurde. Besonders beeindruckend war das spätgotische Kreuz, das erst vor einiger Zeit restauriert wurde.

Nach diesen eindrucksvollen Besichtigungen im alten Ortskern von Bonlanden ging es weiter in das Rehasentrum Gutenhalde, in dem die Leiterin, Frau Agnes Günther, die Arbeit mit rund 30 psychisch belastenden Jugendlichen schilderte. Die Ruhe und die Landschaft am Rande von Filderstadt sind sehr wichtig bei der Therapie der erkrankten Jugendlichen, um ihnen danach eine Rückkehr in ein normales Leben zu ermöglichen. Die zahlreichen Nachfragen dokumentierten

das große Interesse, da das Thema psychische Erkrankungen ein weit verbreitetes Phänomen sind, das Jeden berührt.

Abschließend klang das Herbstfest mit einem Vesper und einem gemütlichen Beisammensein aus.

### ANSPRECHPARTNER

(V.i.S.d.P.) Alfred Bachofer  
Paul-Gerhardt-Straße 31  
72622 Nürtingen  
Fon (0 70 22) 47 09 09  
Fax (0 70 22) 24 10 69  
Mail A.Bachofer@gmx.net

### GESTALTUNG

Wager Kommunikation GmbH  
In der Halde 20  
72657 Altenriet  
Fon (0 71 27) 9 31 58 07  
Fax (0 71 27) 9 31 58 08  
www.wager.de